

# Laibacher Zeitung.

L. 20.

Mittwoch am 26. Jänner

1853.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 1 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post vorto: frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. In diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November 1850 für Inzerationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 18. Jänner d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß der Dedeburger Districts-Obergespan, Stephan Freiherr v. Hauer, einstweilen in seiner gegenwärtigen Eigenschaft der Civilsection des Militär- und Civilgouvernements von Ungarn Befehl der Organisation vorzustehen habe.

Mit derselben allerhöchsten Entschliessung geruhten Se. k. k. apostol. Majestät zu Vicepräsidenten für die Statthaltereien-Abtheilungen den bisherigen Districts-Obergespan zu Pesth, Anton v. August, für die Pesther, den Districts-Obergespan zu Preßburg, Heinrich Grafen v. Attems, für die Preßburger, und den Kreispräsidenten zu Böhmischem-Leippa, Christian Freiherrn v. Koz, für die Kaschauer Abtheilung allergnädigst zu ernennen, und die interimistische Leitung der Dedeburger Statthaltereien-Abtheilung dem Ministerialrathe im Ministerium des Innern, Stephan v. Priviczky, und der Großwardeiner Abtheilung dem Eisenburger Comitatsvorstande, Hermann Grafen v. Zichy, letzteren mit gleichzeitiger allergnädigster Ernennung zum Hofrathe zu übertragen; endlich zu Statthaltereiräthen in Ungarn die Ministerialsekretäre im Ministerium des Innern, Eugen v. Friedenfels und Franz Freiherrn von Reichenstein, und zwar den ersteren mit der Dienstleistung bei der Civilsection des Militär- und Civilgouvernements allergnädigst zu befördern.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 18. Jänner d. J., den Districts-Obergespan zu Kaschau, Anton Grafen Forgach, zum Vicepräsidenten bei der Statthaltereien in Böhmen allergnädigst zu ernennen geruht und Allerhöchstlich bestimmt gefunden, daß Großwardeiner Districts-Obergespan, Gabriel v. Döry, dem Ober-Landesgerichte zu Pesth zur Dienstleistung als Vicepräsident zugewiesen.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 22. Jänner d. J., den Statthalter von Schlesien, Joseph v. Kalchberg, zum Vicepräsidenten der Statthaltereien in Lemberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 22. Jänner d. J., den Statthaltereirath erster Classe in Böhmen, Anton Halbhauer, zum Landespräsidenten in Schlesien allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben laut allerhöchster Entschliessung vom 22. Jänner d. J. Allerhöchstlich bestimmt gefunden, den Pilsener Kreispräsidenten, Franz Schmück, zum Landespräsidenten in der Bukowina zu ernennen.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 21. Jänner d. J., den Districtsrath, Rudolph Conte Amadei, zum Statthaltereirathe für Siebenbürgen allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 31. December v. J., die bei dem Ministerium des Innern und des k. Hauses in Erledigung gekommene Expeditsdirectorsstelle dem bisherigen Expeditsadjuncten, Dominik Protivenski, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 11. Jänner d. J., die Lehrkanzel der Elementar- und höheren Mathematik an der Lemberger technischen Academie dem Supplenten dieses Lehrfaches, Lorenz Imurko, zu verleihen geruht.

Das k. k. Finanzministerium hat eine bei der k. k. lombardischen Finanzpräfectur offene Secretärsstelle

dem Secretär bei der Giunta del Censimento, Dr. Philipp Chiesa, verliehen.

Die in dem ämtlichen Theile der „Wiener Zeitung“ vom 15. l. M. für den 18. und 22. l. M. angekündigten zwei Verfügungen von Staatsgeldzeichen: erstere von 2,000,000 fl. in verzinslichen Reichsschatzscheinen und 500,000 fl. in Anweisungen auf die Landeseinkünfte Ungarns und letztere von 500,000 fl. in Münzscheinen, haben an den bezeichneten Tagen in dem Verbrennhause am Glacis, unter Aufsicht der dazu bestellten Commission und hinsichtlich der Reichsschatzscheine, im Beisein eines Mitgliedes der Bankdirection, Statt gefunden.

## Beilagen

zu der im ämtlichen Theile der vorgestrigen „Laibacher Zeitung“ enthaltenen Verordnung der Minister des Innern, der Justiz und der Finanzen v. 19. Jänner 1853, womit die allerhöchsten Entschliessungen über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Bezirksämter, Kreisbehörden und Statthaltereien, über die Einrichtung der Gerichtsstellen und das Schema der systemisirten Gehalte und Diätenclassen, so wie über die Ausführung der Organisation für die Kronländer Österreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Lodomerien mit Krakan, Bukowina, Salzburg, Tirol mit Vorarlberg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Gradisca und Istrien mit Triest, Dalmatien, Croatien und Slavonien, Siebenbürgen, die serbische Wojwodschast mit dem Banate, kundesmacht wird.

## Allerhöchste Bestimmungen

über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Statthaltereien.

(Festgesetzt mit allerhöchster Entschliessung vom 14. September 1852.)

## Zweiter Abschnitt

Wirkungskreis der Statthaltereien.

(Fortsetzung.)

B. Wirkungskreis der Statthaltereien.

§. 27. Die Statthaltereien haben für die Herausgabe des Landesgesetzblattes zu sorgen und auf die genaue Handhabung und Befolgung der Gesetze und Vorschriften in den der Statthaltereien zugewiesenen Geschäftszweigen zu dringen.

§. 28. Die Statthaltereien entscheiden in höherer Instanz in allen Angelegenheiten ihrer Wirksamkeit, worüber eine ihr unterstehende Behörde entschieden hat.

§. 29. Die Statthaltereien haben, wo die Landesstelle bisher landesfürstliche Lebensstube ist, auf die Lebensangelegenheiten den ihr als Lebensstube durch die Lebensgesetze eingeräumten Einfluß zu üben.

§. 30. Ihr ist die Untersuchung und Entscheidung über vorkommende Anmaßungen von Adelsgraden oder von Titeln zugewiesen.

§. 31. Die Statthaltereien sind ermächtigt, für die durch Elementarereignisse beschädigten Bewohner des Kronlandes im Umfange derselben Sammlungen einzuleiten.

§. 32. Die Statthaltereien sind berechtigt, die für Lebensrettungen gesetzlich festgesetzten Taglöhne und für besondere Auszeichnungen bei Feuer-, Wasser- und anderen Gefahren Geldbelohnungen bis zum Betrage von fünf und zwanzig Gulden zu bewilligen, wenn für diese Ausgaben im Voranschlage die Bedeckung vorhanden ist.

§. 33. Sie führen die Oberaufsicht über die Straf-, Besserungs-, Wohlthätigkeits- und Humanitätsanstalten, und über alle öffentlichen Institute in ihrem Verwaltungsgebiete, so weit sie hierin nicht durch besondere Institutionen beschränkt ist.

§. 34. Der Statthaltereien liegt die Oberleitung und Ueberwachung der Gemeindeangelegenheiten ob, nach Maßgabe der bestehenden Gemeindegesetze, und nimmt den gesetzmäßigen Einfluß auf die Angelegenheiten jener Communen, welche ihr unmittelbar untergeordnet sind.

§. 35. Als oberste Stiftungsbehörde im Kronlande hat die Statthaltereien, in so fern ihr Einfluß nicht durch ausdrückliche Bestimmungen der Stiftungs-

briefe beschränkt ist, darauf zu halten, daß die letzteren nach den gesetzlichen Vorschriften errichtet, das Stiftungsvermögen gehörig erhoben, sichergestellt und verwaltet, und die Stiftungsverbindlichkeiten genau vollzogen werden.

§. 36. In Absicht auf die geistlichen Angelegenheiten steht der Statthaltereien zu:

- die Befugnis von Curatpfünden, landesfürstlichen und Religionsfonds-Patronaten, mit einem, Tausend Gulden nicht übersteigenden jährlichen Ertragnisse und mit Ausnahme der Curatbenefizien auf Cameral- und den unter der Verwaltung der Finanzbehörden stehenden Fondsgütern, im Einverständnisse mit dem Ordinariate. Bei Pfünden mit einem höheren Jahreseinkommen, oder wenn die Statthaltereien dem Vorschlage des Ordinariats in Beziehung auf den am ersten Orte vorgeschlagenen nicht beistimmen zu können erachtet, ist die Entscheidung des Cultusministeriums einzuholen;
- die Umpfarrung einzelner Ortschaften im gleichen Einverständnisse;
- die Ergänzung der Congrua für Pfarrer und Vocalscapläne nach den dafür bestehenden besonderen Vorschriften;
- die Anweisung der Almosen-Aequivalente für die Mendikanten-Klöster nach den bestehenden Vorschriften;
- die Austragung der von den Brautleuten gegen die Verweigerung der Trauung überreichten Beschwerden;
- die Dispensation von Ehehindernissen und von der gesetzlichen Witwenfrist zur Eingehung einer neuerlichen Ehe, nach Maßgabe der zur Zeit der Entscheidung bestehenden Gesetze und Vorschriften, in so weit diese Gegenstände zum politischen Wirkungskreise gehören.

§. 37. Die Statthaltereien leiten und überwachen die Angelegenheiten des Unterrichts, und üben das Aufsichtsrecht über alle Civil-Unterrichts- und Erziehungsanstalten.

§. 38. In Gewerbs- und Handelsangelegenheiten kommt der Statthaltereien mit genauer Beobachtung der bestehenden Vorschriften zu:

- die Verleihung von Landes-Fabrikbefugnissen;
- die Ertheilung der Befugnisse zur Errichtung von Apotheken und für chirurgische Gewerbe, dann zu periodischen Transportunternehmungen;
- die Bewilligung zur Abhaltung von Jahrmärkten.

§. 39. Die Statthaltereien haben alle Jahresvoranschläge über Gegenstände, die ihrer Verwaltung, Ueberwachung oder Geschäftsleitung zugewiesen sind, in so fern nicht durch besondere Weisungen etwas Anderes bestimmt wird, zu prüfen und zu genehmigen, oder, wenn sie dem Ministerium vorbehalten sind, mit ihrem Gutachten vorzulegen.

§. 40. Der Statthaltereien steht ferner für die ihr zugewiesenen Dienstzweige zu:

- die Bewilligung zur Wiederherstellung der durch Elementarereignisse zu Grunde gegangenen Aeral- und Fondsgebäude, zur Ausführung neuer, bisher nicht bestandener Gebäude und zu Reparationen an vorhandenen Gebäuden mit oder ohne gleichzeitige Umgestaltung oder Vergrößerung derselben, wenn der Bau-Aufwand im Voranschlage bedeckt ist, und den Betrag von dreitausend Gulden nicht überschreitet;
- die Gestattung einer Kirchen-, Pfarrei- oder Schulbaulichkeit, der Errichtung oder Erweiterung von Leichenhöfen, der Beschaffung von Kirchen- oder Schulerfordernissen, wenn diese Ausgabe im Concurrenzwege bedeckt werden soll, ein Beitrag von dem Aeral oder einem unter der Leitung oder Verwaltung der Statthaltereien stehenden öffentlichen Fonde zu leisten ist, und dieser Beitrag dreitausend Gulden nicht überschreitet;
- die Genehmigung und Bestätigung von Pacht- und Mietverträgen, welche auf Grundlage einer öffentlichen Versteigerung für die Dauer unter 10 Jahren abgeschlossen werden, bis zu einem Mietzins oder Pachtzins jährlicher fünftausend Gulden;



- d) die Nachsichterteilung für Casseabgänge bis zum Betrage von fünfzig Gulden, wenn der Abgang nicht aus der Veruntreuung eines Beamten entstanden ist, und für uneinbringliche Rechnungsmängel bis zum Betrage von Tausend Gulden, wenn die Controllbehörde die Erläuterung des Rechnungselegers für rücksichtswürdig und grundhaltig erklärt;
- e) die Abschreibung uneinbringlicher, nicht durch Verschulden eines Beamten entstandener Rückstände bis zum Betrage von Tausend Gulden.
- f) die Zusage von Fristen zur Zahlung von Pachtzinsungen, Mietzinsen und anderen Erträgen der Fonde und Anstalten bis zur Dauer eines Jahres.

In allen diesen Fällen hat die Statthalterei, wenn der Staatsschatz mittelbar oder unmittelbar theilhaftig ist, von der definitiven Erledigung mit der Finanz-Landesbehörde das Einvernehmen zu pflegen, und ist bezüglich der Bewilligung, Nachsichterteilung oder Abschreibung an deren Zustimmung gebunden.

§. 41. Der Statthalterei steht für die ihr zugewiesenen Dienstzweige zu:

- a) die Annahme und Freigabe von Dienstcautionen;
- b) die Pensionierung, Provisionierung und Quiescenz der vom Statthalter oder einer untergeordneten Behörde ernannten Beamten und Diener mit genauer Beachtung der bestehenden Vorschriften; die Bewilligung der normalmäßigen Pensionen, Provisionen, Quiescentengebälte, Abfertigungen, Erziehungsbeiträge und sonstigen Gebühren ihrer Witwen und Waisen;
- c) die Beratung und Entscheidung über die Dienstentlassung von Beamten nach Maßgabe der im §. 22 enthaltenen Bestimmungen.

§. 42. Die Statthalterei überwacht den Bau- und Dienst im Lande, so weit solcher ihr nach dem §. 1 zugewiesen ist, und leitet die administrativen Amtshandlungen dieses Dienstzweiges.

§. 43. In jenen Kronländern, welche nicht in Kreise untergetheilt sind, vereinigt die Statthalterei in sich den Wirkungskreis der Kreisbehörde.

Geschäftsbehandlung der Statthalterei.

§. 44. Die Verhandlung der Geschäfte bei der Statthalterei theilt sich in diejenige, welche außer dem Rathe, und jene, welche im Rathe gepflogen wird.

§. 45. In der Regel sind alle wichtigeren, der Statthalterei zur Behandlung zugewiesenen Angelegenheiten in der Rathssitzung zum Vortrage zu bringen, namentlich:

- a) Streitigkeiten zwischen Privaten, Corporationen oder Gemeinden, die in politischer Linie ausgetragen sind;
- b) Abschließung oder Auflösung von Verträgen. Anerkennung der Erfüllung derselben oder das Abgehen von der Geltendmachung vertragsmäßiger oder im Gesetze gegründeter Rechte;
- c) Verleihung oder Einziehung von Gewerbrechten;
- d) Verhängung von Strafen in anderen Fällen, als jenen, in denen es sich gegen Beamte oder Diener um Anwendung der §§. 21, 22 handelt;
- e) Entscheidungen in Partesachen über Berufungen gegen die Erkenntnisse der Unterbehörden;
- f) Gegenstände, wo es sich um das Gutachten über Auslegung von Gesetzen, über Aufstellung allgemeiner Verwaltungs-Maximen oder über zu erlassende Gesetze oder zu treffende öffentliche Einrichtungen handelt; endlich
- g) Gegenstände, wobei es sich um einen namhaften Aufwand oder um nicht systemmäßige in dem gewöhnlichen Jahres-Voranschläge nicht vorhergesehene Auslagen aus dem Staatsschatze oder einem öffentlichen Fonde handelt.

§. 46. Die Beschlüsse über Gegenstände, welche in der Rathssitzung zum Vortrage gebracht wurden, werden nach der Majorität der Stimmen gefaßt; doch steht dem Statthalter zu:

- 1) In den Angelegenheiten, die in der ihm zugewiesenen Amtswirklichkeit gelegen sind, worüber er jedoch bei dem Rathskörper der Statthalterei oder mit einzelnen Räten derselben eine Beratung zu pflegen fand, nach derjenigen Ansicht, die er als die richtige erkennt, und die er vertreten zu können glaubt, wenn sie auch die Stimmenmehrheit für dieselbe nicht erklärte, vorzugehen.

2. In den Angelegenheiten hingegen, die dem Geschäftskreise der Statthalter zugewiesen sind, wenn er den Beschluß den Gesetzen oder dem Interesse des allerhöchsten Dienstes zuwiderlaufend erachtet, solchen zu suspendiren, und entweder

- a) die Sache der Entscheidung des Ministeriums, in dessen Geschäftskreis solche gehört, zu unterziehen, oder
- b) in so ferne Gefahr am Verzuge wäre, oder überhaupt das öffentliche Interesse eine schleunige Verfügung erheischen sollte, auch gegen den Rathschluß die Verfügung, die er notwendig erkennt, nach eigenem Ermessen zu treffen, zugleich aber die Anzeige des Verfügten und der stattgefundenen Verhandlung dem gedachten Ministerium vorzulegen.

§. 47. Es steht dem Statthalter zu, die Abstimmung unter den Gliedern des Rathskörpers nach der Reihenfolge, die er als die angemessene erkennt, Statt finden zu lassen.

§. 48. Wird die Leitung eines Departements einem andern Beamten als einem Rathe übertragen, so wird dessen Stimme bei den von ihm in Vortrag gebrachten Geschäftsstücken mitgezählt.

§. 49. Der Statthalter ist verantwortlich:

- a) für den Zustand der Geschäftsführung bei der Statthalterei und den ihr untergeordneten Behörden, Aemtern und Organen;
- b) für die zweckmäßige und kräftige Führung der ihm übertragenen Geschäftsleitung und für die eifrige und entsprechende Ausübung der ihm anvertrauten Amtsgewalt;
- c) für alle Entscheidungen und Verfügungen, die von ihm ausgehen, oder die er ausfertigen läßt. Diese Haftung wird dadurch nicht geändert, daß über den Gegenstand eine Beratung gehalten wurde, oder daß die erlassene Entscheidung oder andere Verfügung das Ergebnis eines Rathschlusses war, daß daher für dieselbe nebst dem Statthalter auch der Referent und die Stimmführer, welche sich für sie aussprachen, verantwortlich sind.

## Anhang

zu den allerhöchsten Bestimmungen über die Einrichtung und Amtswirklichkeit der Statthalterei.

(Festgesetzt mit allerhöchster Entschliessung vom 14. September 1832).

1. Statthalter und Statthalterei haben in denjenigen Kronländern zu bestehen, die von so großem Umfange und solcher Wichtigkeit sind, daß in denselben Kreisbehörden, als Mittelbehörden zwischen der politischen Landesstelle und den Bezirksämtern, aufgestellt werden müssen.

2. In den Kronländern hingegen, in denen es nicht angemessen erkannt wird, eigene Kreisbehörden aufzustellen, hat eine politische Landesstelle (Landesregierung) unter der Leitung und dem Vorstehe eines Landespräsidenten zu bestehen.

3. Dem Landespräsidenten steht die Amtswirklichkeit des Statthalters in allen dem Geschäftskreise der Statthalter zugewiesenen Angelegenheiten für den Umfang des Kronlandes zu, und er sowohl als die Landesstelle ist den Ministerien und Centralstellen des Reiches unmittelbar untergeordnet.

4. Die Landesstelle entscheidet in erster Instanz über alle Angelegenheiten, welche

- a) den Kreisbehörden,  
b) den Statthaltereien

zur Entscheidung in erster Instanz zugewiesen sind.

5. Die Landesstelle entscheidet in zweiter Instanz über diejenigen Geschäfte, die

- a) den Kreisbehörden,  
b) den Statthaltereien

zur Entscheidung in zweiter Instanz zugewiesen sind.

6. Gegen die Entscheidungen, welche die Landesstelle in erster oder zweiter Instanz geschöpft hat, ist der Recurs an die Ministerien und Centralstellen des Reiches gestattet.

7. In Krakau wird eine politische Landesstelle unter dem Vorstehe und der Leitung eines Landespräsidenten bestellt.

8. Der Geschäftskreis dieser Landesstelle und des Präsidenten derselben hat jener einer Statthalterei und eines Statthalters zu sein, so weit nicht eine Abweichung ausdrücklich angeordnet wird.

9. Die Angelegenheiten, für welche von den Landesstellen oder dem Landespräsidenten die Entscheidung des galizischen Statthalters einzuholen, oder, so weit es sich um Gutachten oder Anträge an die Ministerien handelt, der Bericht dem genannten Statthalter zur Einbeförderung mitzutheilen ist, sind:

- a) die landständischen Angelegenheiten;
- b) die Verhandlungen, welche die galizisch-ständische Creditanstalt betreffen;
- c) die Verhältnisse der katholischen Kirche zu dem Staate, so weit es sich um grundsätzliche Fragen oder um das Gutachten über die Besetzung von Bischofsitzen oder anderen höheren geistlichen Würden handelt;
- d) Verhandlungen, in denen eine Aenderung einer gesetzlichen Bestimmung in der Frage gelegen ist;
- e) Organisationsentwürfe.

## Allerhöchste Bestimmungen

über die Einrichtung und Amtswirklichkeit der Kreisbehörden.

(Festgestellt mit allerhöchster Entschliessung vom 14. September 1832.)

### Erstes Hauptstück.

Einrichtung der Kreisbehörde.

§. 1. Die Kreisbehörde ist für das ihr zugewiesene Verwaltungsgebiet die politisch-administrative Oberbehörde, und überhaupt für die der Statthalterei zugewiesenen Geschäftszweige zwischen derselben und

den der Kreisbehörde untergeordneten Behörden, Aemtern und anderen Organen, die leitende, überwachende und vollziehende Mittelbehörde, so weit nicht besondere Anordnungen eine andere Bestimmung enthalten.

§. 2. Die Kreisbehörde ist in Bezug des Geschäftszuges zunächst der politischen Landesbehörde, hinsichtlich der Angelegenheiten der directen Besteuerung hingegen der Steuer-Landesbehörde untergeordnet und verpflichtet, an diese Behörden Berichte und Anzeigen zu erstatten, deren Aufträge zu befolgen, und die von ihnen erlassenen Anordnungen zu vollziehen.

§. 3. Unter den Kreisbehörden stehen die Bezirksämter, in so weit es deren politischen Wirkungskreis betrifft; die politischen Aemter jener Städte, welche keinem Bezirksamte unterstehen, und nicht unmittelbar dem Statthalter und der Statthalterei untergeordnet sind; die Verwaltungen jener Anstalten und Fonde, welche der Oberleitung oder Überwachung der Kreisbehörde zugewiesen sind; die von der Regierung für den öffentlichen Sanitäts- und Baudienst in den Amtsbezirken bestellten Individuen, in soferne in Ansehung der Baubeamten nicht besondere Anordnungen bestehen und überhaupt alle Aemter und Organe im Kreise, welche nicht der militärischen oder gerichtlichen, oder einer eigenen administrativen Oberbehörde untergeordnet sind.

Die Kreisbehörde hat von den unterstehenden Verwaltungsorganen Berichte und Anzeigen zu empfangen, und ihnen ihre Aufträge, sowie die Anordnungen der höheren Behörde zur Darnachachtung und Vollziehung mitzutheilen.

§. 4. Dem Vorsteher der Kreisbehörde gebühren bei öffentlichen Feierlichkeiten im Kreise die dem Repräsentanten des Landesfürsten vorschrittmäßig zustehenden Vorzüge.

Er leitet die Geschäftsführung der Kreisbehörde, und ist für dieselbe verantwortlich.

Die Benennung der Vorsteher der Kreisbehörden wird mit Rücksicht auf die früher bestandenen analogen Benennungen in jedem Kronlande bei der Vollziehung der Organisirung bestimmt werden.

Dem Vorsteher der Kreisbehörde kömmt der Charakter eines Statthalterei-Rathes zu, wenn ihm nicht ausdrücklich ein höherer Rang verliehen wird.

§. 5. Das Personale der Kreisbehörde besteht aus dem Vorsteher, einem stellvertretenden Commissär mit dem Range und Gehalte der Statthalterei-Secretäre, der sonst erforderlichen Anzahl Commissäre, aus Conceptspracticanten, einem Kreisarzte, einem Secretäre, Registranten, dann aus Kanzlisten und Amtsdienern.

Diurnisten können im Erfordernissfalle und für die Dauer desselben ausnahmsweise bei eintretender Dringlichkeit zwar aufgenommen, die nachträgliche oder vorläufige Bewilligung aber muß bei dem Statthalter angebracht und erwirkt werden.

§. 6. Welche Gehalte und Bezüge dem bei den Kreisbehörden verwendeten Personale zukommen, und in welcher Diätencasse die Beamten der Kreisbehörden stehen, wird durch das Schema der systemisirten Bezüge der Beamten und Diener bei den politischen und gerichtlichen Behörden bestimmt.

Dem Vorsteher der Kreisbehörde gebührt eine freie Wohnung, wenn eine im Amtsgebäude vorhanden ist, oder ein angemessenes Quartiergeld.

§. 7. Die bei den Kreisbehörden angestellten Beamten derselben Kategorie stehen im Range gleich, wenn auch ihr Gehalt verschieden ist.

Mit Ausnahme des stellvertretenden Commissärs, der in die Kategorie der Statthalterei-Secretäre gehört, ist die Vorrückung der Commissäre, Secretäre und Kanzlisten innerhalb jeder dieser Kategorien in die höhere Gehaltsstufe eine graduelle und die Beamten jeder dieser Kategorien haben bei allen Kreisbehörden eines Landes einen Concretaltitels zu bilden. Die Conceptspracticanten gehören in den Status der Statthalterei, und werden den Kreisbehörden nach Maßgabe des Bedürfnisses zugewiesen.

§. 8. Für die Angelegenheit der directen Besteuerung werden den Kreisbehörden eigene Beamte mit dem Titel von Steuer-Inspectoren und Unter-Inspectoren in unmittelbarer Unterordnung unter den Vorsteher der Kreisbehörde beigegeben. Sollte es das Dienstbedürfnis erfordern, so kann demselben durch Zuteilung eines oder mehrerer Officialen entsprochen werden.

Das dienstliche Verhältnis dieser Beamten wird durch eine besondere vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern zu erlassende Vorschrift geregelt, wobei, bezüglich des Verhältnisses derselben zur Kreisbehörde, die Bestimmung zu gelten hat, daß die Inspectoren in allen Steuer-sachen, wobei der Kreisbehörde ein überwachender oder ausübender Wirkungskreis zusteht, bei diesem Amte dieselbe Stellung einzunehmen haben, welche den bisher bestandenen Steuer-Inspectoren und Unter-Inspectoren bei den Bezirkshauptmannschaften instructionsmäßig zugewiesen war.

§. 9. Den Kreisbehörden werden außerdem zur Besorgung und Hilfeleistung in den Gegenständen des



öffentlichen Baudienstes technische Beamte (Baubeamte) beigegeben, die in dienstlicher Beziehung der Kreisbehörde zu unterordnen und zunächst unter die Disciplinaraufsicht des Vorstehers der Kreisbehörde zu stellen sind.

Im Uebrigen wird die Stellung und Wirksamkeit dieser Organe durch besondere Anordnungen bestimmt.

§. 10. Im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung des Vorstehers der Kreisbehörde hat der stellvertretende Commissär, wenn nicht von dem Statthalter eine andere Vorkehrung getroffen wird, die Amtsleitung zu übernehmen und alle dem Amtsvorsteher zukommenden Verpflichtungen zu erfüllen, in welcher Hinsicht ihm auch die Verantwortung für die Geschäftsführung während der Dauer der Vertretung obliegt.

Außer dem Falle der Vertretung ist der stellvertretende Commissär von dem Kreisvorsteher in der seiner sonstigen amtlichen Stellung angemessenen Art gehörig zu verwenden.

§. 11. Die Beamten und Diener der Kreisbehörde sind in ihrer Dienstleistung dem Vorsteher der Kreisbehörde untergeordnet und verpflichtet, sich nach den Anordnungen desselben und nach den Bestimmungen des Amts-Unterrichtes (§. 18) zu verwenden.

§. 12. Der Vorsteher der Kreisbehörde hat die Beamten und Diener derselben, und die ihm beigegebenen technischen und Steuerbeamten (§§ 8 und 9) in deren Dienstleistung zu leiten, und sowohl dieselben als auch die Beamten und Diener der Bezirksämter und überhaupt der ihnen untergeordneten Ämter und Organe in deren Geschäftsführung zu überwachen, sie zur ordnungsmäßigen und genauen Erfüllung zu verhalten und gegen dieselben mit Maßnahmen, Verweisen und Strafanordnungen, und nöthigenfalls mit Suspension vom Dienste und Gehalte vorzugehen.

Die verhängte Suspension ist unverzüglich dem Statthalter und zugleich, falls es sich um einen Beamten, dem bei einem Bezirksamte die judicielle Geschäftsführung anvertraut ist, handelt, dem Oberlandesgerichtspräsidenten, wenn Derjenige, den die Suspension trifft, hingegen ein Steuerbeamter (§. 8) ist, der Steuerbehörde anzuzeigen.

§. 13. Für die Stelle des Vorstehers der Kreisbehörde, sowie für jene der stellvertretenden Commissäre, erstattet der Statthalter den Vorschlag an den Minister des Innern.

Die Ernennung ist Seiner Majestät vorbehalten. Die Ernennung der übrigen Commissäre und des Kreisarztes steht über Vorschlag des Statthalters dem Minister des Innern zu.

Die Manipulationsbeamten ernimmt über Vorschlag des Kreisvorstehers der Statthalter.

Die Anstellung der Dienerschaft, sowie die Aufnahme von Diurnisten, in soferne solche Statt finden kann (§. 5), steht dem Vorsteher der Kreisbehörde zu.

Die Steuer-Inspectoren und Unter-Inspectoren ernannt das Finanzministerium über Antrag der Steuerlandesbehörde, welche, wenn ihr Vorsteher nicht zugleich Landeschef ist, ihren Besetzungsvorschlag im Wege des Landeschefs vorzulegen hat.

Die technischen Beamten der Kreisbehörden werden über Vorschlag des Statthalters vom Ministerium für Handel und öffentliche Bauten ernannt.

Der Vorsteher der Kreisbehörde ist ermächtigt, dem stellvertretenden Commissäre oder einem Steuer- oder Baubeamten auf 14 Tage, und den übrigen Angestellten der Kreisbehörde auf 4 Wochen Urlaub zu gewähren.

Die Anträge auf ausgedehntere Urlaube, auf Ertheilung von Belohnungen und Anshilfen, wegen Versetzung in den bleibenden und zeitlichen Ruhestand und wegen Bemessung der Ruhegelder für die Beamten und Diener der Kreisbehörde, dann wegen Bestimmung der Pensionen, Provisionen und überhaupt der Gebühren für die zurückgebliebenen Angehörigen verstorbener Beamten und Diener, sind der vorgesetzten Behörde zur weiteren Verhandlung und nach Maßgabe des dieser Behörde eingeräumten Wirkungskreises zur Entscheidung vorzulegen.

§. 14. Die Disciplinar-Strafgewalt über das Personale der Kreisbehörde wird, in so weit die Befugnisse des Amtsvorstehers nicht ausreichen, von dem Statthalter, und in höherer Linie vom Ministerium des Innern ausgeübt.

Betrifft es einen technischen Beamten, so entscheidet in höherer Linie das Ministerium für Handel und öffentliche Bauten über Rücksprache mit dem Ministerium des Innern.

Die Disciplinarbehandlung eines der im §. 8 erwähnten Steuerbeamten steht der Steuer-Landesbehörde und dem Finanzministerium, nach Umständen im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, zu.

Die Entlassung eines Kreisvorstehers und eines stellvertretenden Commissärs ist der Entscheidung Sr. Majestät vorbehalten; sonst wird die Entlassung von

Beamten und Dienern unter genauer Beobachtung der hierüber bestehenden Vorschriften, insbesondere über die Zuziehung zweier Justizräthe bei Entlassung von Beamten von jener Behörde auszusprechen sein, welcher das Ernennungsrecht zukommt.

(Fortsetzung folgt.)

## Nichtamtlicher Theil.

### O e s t e r r e i c h.

**Triest, 24. Jänner.** Sr. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Ferdinand Maximilian hat sich gestern an Bord der k. k. Dampffregatte „Lucia“ eingeschifft, um sich nach Dalmatien zu begeben.

Die Triester Börsedeputation hat so eben drei, für die Handels- und Schifffahrtstatistik wichtige Tabellenwerke veröffentlicht. Das eine enthält die Schifffahrt in sämmtlichen österr. Häfen, besonders in Triest während der Jahre 1848 und 1849, das andere die Schifffahrt in den Communalhäfen des österr. Küstenlandes während der Jahre 1845—1849, und das dritte die österr. Schifffahrt im Auslande während der Jahre 1847—1849. — Eine zweite, ebenfalls auf Kosten der Börsedeputation an den Tag geförderte literarische Erscheinung ist ein vom verdienstvollen Schiffs capitän Herrn E. Constantini verfaßtes populäres nautisches Werkchen: „L'amico del marinajo.“

Der Lloyd-Dampfer „Oratia“ ist heute in außerordentlicher Fahrt nach Constantinopel abgegangen. An Bord desselben befindet sich Herr FML. Graf Leiningen.

Aus Friaul meldet man der „Triester Ztg.“: Die Gemeinde von Udine hat bereits die Lieferung der Röhren zu der für die vierzehn Brunnen bestimmten Wasserleitung ausgeschrieben. In der letzten Zeit wurden auf dem erzbischöflichen Platze daselbst mehrere Verschönerungen angebracht. Der neue Erzbischof, Monsignor Trevisanato, soll nächstens aus Rom eintreffen. — Auf Kosten von 31 Gemeinden des gebirgigen Friauls (Carnia) werden zwei Brücken über den Tagliamento errichtet werden. Der Bau wird 400.000 Lire in Anspruch nehmen. Ueberhaupt regt die nahe Vollendung der Eisenbahn neue Bauprojecte an. So z. B. spricht man von der Errichtung anderer Brücken über die vorzüglichsten Bäche, deren oft heftige Strömung zuweilen die Communication stört. Im Marktflecken Sacile an der Livenza, der eine der bedeutendsten Eisenbahnstationen bilden wird, will der Gemeinderath auf eigene Kosten an einem geeigneten Platze einen Bahnhof herstellen, der mit dem Nützlichen alle Bequemlichkeit vereinen und zugleich zur Verschönerung des Ortes beitragen soll. — Die Livenza ist überhaupt in ihrer Wichtigkeit für die Schifffahrt und Industrie noch zu wenig gewürdigt. — In Friaul geht man jetzt auch mit einer Verordnung, betreffend die Hutweiden, um, damit den auf denselben zum Nachtheile des Ackerbaues vorkommenden Mißbräuchen gesteuert werde. — Die Handelskammer von Udine soll sich für die gänzliche Aufhebung des Ausfuhrzolles auf Seide ausgesprochen haben, damit das lombardisch-venetianische Königreich und Tirol, Piemont gegenüber, das die Ausfuhrzölle zu seinem Nutzen abgeschafft hat, nicht im Nachtheile bleibe. — Von dem bereits erwähnten „Annotatore friulano“ ist das zweite Blatt erschienen, aus dem wir mit Vergnügen den reichen Inhalt des Jahresberichtes der Udine'ser Handelskammer ersehen.

— Die durch die angeordneten Theisregulierungsarbeiten gewonnene culturfähige Bodenfläche beläuft sich jetzt schon auf mehr als 220.000 Joch. Der Werth eines Joches kann mit 80, mit 109 Gulden G.M. angenommen werden. An Pachtzins werden jährlich 4 fl. per Joch gezahlt.

### D e u t s c h l a n d.

**München, 15. Jänner.** Die polizeilichen Maßnahmen gegen Prof. Gervinus Schrift: „Einleitung in die Geschichte u.“, sind in eine neue Phase getreten, indem die Polizeidirection heute Vormittag in jenen Buchhandlungen, welche ihr nicht freiwillig die verlangte Einsichtnahme von den Comptoirbüchern und hiemit Befanntgabe der einzelnen Abnehmer des erwähnten Buches gestatteten, die Beschlagnahme der betreffenden Geschäftsbücher verfügte, und dieselben durch den Viertelscommissär zur Polizei bringen ließ. In Folge dieses Vorganges versammelten sich sofort die Chefs der hiesigen Buchhandlungen zu einer gemeinsamen Berathung, in welcher die Einreichung einer Vorstellung bei der königl. Regierung von Oberbayern beschlossen worden sein soll.

### Telegraphische Depeschen.

\* **Paris, 22. Jänner.** In der, bezüglich seiner Heimat an die Repräsentanten der höchsten Staatsgewalten in den Tuilerien gehaltenen Rede sprach der Kaiser: „Ich folge dem so oft manifestirten Volkswillen, wenn ich Ihnen meine bevorstehende Vermählung anzeige. Die Ehe, welche ich eingehe, ist nicht

übereinstimmend mit den Traditionen einer alten Politik; ich erachte dieß für einen Vortheil. Frankreich hat sich durch seine aufeinanderfolgenden ungestümen Revolutionen immer strenger von dem übrigen Europa getrennt. Jede besonnene Regierung muß streben, es wieder in den Schooß der Monarchie eintreten zu lassen, aber dieses Resultat wird sicherer durch gerechte und freie Politik, durch Loyalität der Verträge erreicht, als durch eine Ehe mit einem Fürstenhause, denn diese setzt oft an die Stelle des nationalen Interesses, das Interesse von Familienbanden; überdies haben Beispiele der Vergangenheit im Gedächtnisse des Volkes abergläubische Erinnerungen zurückgelassen. Es hat nicht vergessen, daß seit 70 Jahren nur fremde Prinzessinnen die Stufen des Thrones Frankreichs bestiegen, um ihre Sprößlinge durch Krieg oder Revolutionen zerstreut oder verbannt zu sehen. Nur eine Frau schien mehr Glück und Leben in der Erinnerung des Volkes zurückzulassen, diese war die anspruchslose, gute Gattin des Generals Bonaparte, und war nicht königlicher Abstammung. Dennoch muß ich anerkennen, daß die Ehe des Kaisers Napoleon mit Maria Louise ein großes Ereigniß, ein Pfand für die Zukunft, eine wahrhafte Genugthuung für den Nationalstolz war. Wir sehen, wie das alte und berühmte Haus Oesterreich, mit welchem wir lange Zeit in Kriege verwickelt waren, sich um die Verbindung mit dem erwählten Oberhaupt eines neueren Reiches bewarbt (?). Und sehen wir nicht, wie im Gegentheile unter der letzten Regierung die Eigenliebe des Volkes litt, als der Thronerbe fruchtlos mehrere Jahre hindurch eine Verbindung mit einem Fürstenhause erstrebte, endlich zwar ohne Zweifel eine vollendete Fürstin zur Gattin erhielt, die aber nur aus einem untergeordneten Fürstenhause stammte, und anderer Religion war. Wenn Angesichts des alten Europa ein neues Princip der Macht sich zu gleicher Höhe mit den älteren Dynastien erhebt, darf man nicht hoffen, durch Herabsetzung seines Wappens, und indem man sich um jeden Preis in die Familie von Königen einführen möchte, in derselben aufgenommen zu werden. Dieß geschieht eher, indem man stets seines Ursprunges sich erinnert, indem man seinen Charakter bewahrt, und indem man Europa gegenüber allerdings die freie Stellung eines Emporkömmlings einnimmt, ein ruhmreicher Titel, wenn man dazu durch das freie Stimmrecht eines großen Volkes gelangt ist. Aus diesen Gründen bin ich geneigt, mich von bisher befolgten Vorgängen zu entfernen. Meine Heirat ist nichts als eine Privatangelegenheit. Es blieb nur die Wahl der Person übrig; das Mädchen, auf welches meine Wahl gefallen, ist von ausgezeichnetem Hause, Französin durch Herz, Erziehung und Erinnerung an das Blut, welches ihr Vater für die Sache des Kaiserreiches vergossen hat. Als Spanierin hat sie den Vorzug, keine Familie in Frankreich zu haben, der man Ehrenstellen anzuweisen braucht. Mit allen Eigenschaften des Herzens begabt, wird sie eine Zierde des Thrones sein, wie sie in den Tagen der Gefahr eine seiner kräftigsten Stützen sein wird. Katholikin und fromm, wird sie zum Himmel die Gebete für das Glück Frankreichs senden, wie ich; lieblich und gut, wird in ihr die Tugend der Kaiserin Josephine wieder aufleben. Ich komme, um Frankreich zu sagen: ich habe vorgezogen, eine Gattin zu wählen, welche ich liebe und achte, statt eine Unbekannte, durch deren Verbindung ich hätte Vortheile erlangen können, die aber auch mit Opfern verbunden gewesen wären. Ohne Zeichen von Heringschätzung gegen irgend Jemanden, gebe ich meiner Neigung nach, nachdem ich meine Vernunft um Rath gefragt. Indem ich endlich Unabhängigkeit, Eigenschaften des Herzens und Familienglück über dynastische Vorurtheile und Berechnungen des Ehrgeizes erhebe, werde ich nicht minder mächtig als frei sein. Bald werde ich mich nach Notre Dame begeben, und die Kaiserin dem Volke und der Armee vorstellen. Das Vertrauen, welches beide zu mir hegen, sichert ihre Sympathien auch Derjenigen, die ich gewähle, und Sie werden sich, sobald Sie sie kennen lernen, überzeugen, daß ich auch diesmal durch die Vorsehung richtig geleitet worden bin.

### L o c a l e s.

#### Mozarts-Feier.

Die Erinnerungsfeier großer Männer wird am würdigsten durch die Vorführung ihrer Schöpfungen begangen. Die Freunde der Tonkunst müssen wohl die Aufführung der seit mehr als 15 Jahre in Laibach nicht gehörten Oper „Don Juan“ von dem unsterblichen Mozart zur Feier seines Geburtstages als eine erfreuliche Erscheinung begrüßen, und sicherlich werden alle Verehrer des großen Mannes Dank wissen dem Herrn Ludwig Kler, Capellmeister der hiesigen Bühne, der dieses Tonwerk für seine Benefice, die morgen, Donnerstag den 27. Statt findet, wählte. Die hohen krain. Stände veranlaßten zu diesem Zwecke die Beleuchtung des äußeren Schauspielplatzes. Möge das kunstsinrige Publicum recht zahlreich sich an der würdevollen Mozart-Feier betheiligen.



III. Jahrgang. Wien 1852. 2 fl.